

Kurzbericht

Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

(18. - öffentliche - Sitzung am 29. Mai 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes über das Verbot der Beteiligung von politischen Parteien und Wählergruppen an Medienunternehmen**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 18/3666](#)

Der Unterausschuss lehnte den Antrag der Fraktion der AfD auf eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP ab. Er führte die Mitberatung durch und empfahl dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfes vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

2. **Für eine digitale Radiozukunft**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1955](#)

Der Unterausschuss schloss die Mitberatung ab. Er empfahl dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, dem Landtag die Annahme des Antrages in der Fassung des Änderungsvorschlages in Vorlage 9 vorzuschlagen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

3. a) **Upload-Filter sind ein Risiko für die Meinungs- und Informationsfreiheit**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/3257](#)

b) **Urheberrecht schützen - Upload-Filter vermeiden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/3268](#)

Der Unterausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Terminplanung**

Der Unterausschuss besprach Terminangelegenheiten. Unter anderem beschloss er, seine diesjährige parlamentarische Informationsreise nach Brüssel für den 4. bis 6. November 2019 vorzusehen.